

Pflegebedürftige müssen vor ruinöser Zuzahlung zu Heimkosten bewahrt werden

Um künftig eine menschenwürdige Pflege zu sichern, sind alle derzeitigen Anstrengungen zur besseren und tariflichen Bezahlung von Pflegekräften nicht nur unterstützenswert, sondern auch überfällig. „Das darf aber nicht heißen, dass heutige und künftige Pflegebedürftige allein das Risiko stark steigender Pflegekosten tragen müssen“, sagt die Vorsitzende des Landesverbandes der Alzheimergesellschaften in Nordrhein-Westfalen, Regina Schmidt-Zadel. „Der Vorschlag der SPD und die Länderinitiative von Hamburg, Berlin, Bremen und Schleswig-Holstein im Bundesrat zur Begrenzung des Eigenanteils von Pflegebedürftigen in Heimen weisen da genau in die richtige Richtung.“

Die Kosten, die in Pflegeheimen untergebrachte Menschen schon heute selbst tragen müssen, liegen im Bundesdurchschnitt bei rund 1.800 Euro, sind aber von Bundesland zu Bundesland ganz unterschiedlich. So bezahlen Pflegebedürftige in Sachsen-Anhalt für ihren Heimaufenthalt im Mittel 1.218 Euro, in Nordrhein-Westfalen hingegen 2.252 Euro pro Monat. Neben einem Anteil für die Pflegeleistungen von durchschnittlich 655 Euro (NRW: 717 Euro) fließen auch Zahlungen für Unterkunft und Verpflegung sowie für die Investitionskosten in den Eigenanteil ein.

Viele Menschen können diese Zuzahlungen schon jetzt nicht leisten. Rund 37% der Bewohnerinnen und Bewohner stationärer Pflegeeinrichtungen erhalten deswegen Hilfe zur Pflege als Leistung der Sozialhilfe, die von den Kommunen aufgebracht wird.

Die Vorsitzende von Alzheimer NRW unterstützt den Vorschlag des SPD-Vorstands vom Montag (8.4.) und den ganz ähnlichen der Länder, dass die Kosten für die Behandlungspflege künftig wieder von den Krankenkassen getragen werden sollen und die Pflegeversicherung im Gegenzug mehr tun soll, um Pflegebedürftigkeit überhaupt zu vermeiden.

„Auch dass künftig alle Bürgerinnen und Bürger für die Finanzierung der Pflege herangezogen werden sollen, u.a. über eine Bürgerversicherung, aber auch durch die Verwendung von Steuermitteln, wenn dies nützt, halte ich für sozial ausgewogen und fair“, sagt die ehemalige Bundestagsabgeordnete Regina Schmidt-Zadel.

„Für viele Bereiche werden Steuergelder zur Verfügung gestellt, mit welchem Grund nicht zur Verbesserung der Situation der Menschen, die pflegebedürftig sind - besonders von Menschen mit Demenz? Es geht immerhin um die Generation, die unseren Wohlstand mit aufgebaut hat und es kann nicht sein, dass diese Menschen in schwierige Situationen allein gelassen werden und oft alle Rücklagen und sogar ihr Eigenheim für die Pflege aufzehren müssen und dann in die Sozialhilfe fallen.“

Bundesgesundheitsminister Spahn (CDU) ist dagegen, dass im Zweifel die Solidargemeinschaft einspringt, um das individuelle Kostenrisiko zu begrenzen. Und auch in der Länderkammer herrscht keine Einigkeit. Der Vorstoß Hamburg, Berlins, Bremens und Schleswig-Holsteins zur Weiterentwicklung der Pflegeversicherung wird nach einer ersten Erörterung im März derzeit in den Ausschüssen für Gesundheit, für Arbeit, Integration und Soziales sowie für Finanzen beraten.

V.i.S.d.P. Regina Schmidt-Zadel MdB a.D., Vorsitzende

Der Landesverband der Alzheimer Gesellschaften NRW e.V. wurde 2002 gegründet.

Er ist die Interessenvertretung der regionalen Alzheimer Gesellschaften und Alzheimer Angehörigen-Selbsthilfegruppen und Selbsthilfeinitiativen in NRW.

Er führt laufend eigene Projekte durch, z.B. das Projekt "Leben mit Demenz", eine Schulungsreihe für Angehörige.

Er ist Veranstalter von Fachtagungen und Herausgeber eigener Publikationen.

Er setzt sich für einen würdevollen Umgang mit Menschen mit Demenz ein, insbesondere in der Pflege, und wirkt an der Verbesserung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in Gremien, Ausschüssen und auf politischer Ebene mit.